

Politik sucht neuen Gutachter für Bummert

PROJEKT Dessen Expertise soll Argumente für die Klage des Rates gegen den Landkreis Leer liefern

Ein von der Verwaltung ausgesuchter Anwalt hatte den Fraktionen von der rechtlichen Auseinandersetzung abgeraten.

VON PETRA HERTERICH

LEER - Der Rat der Stadt Leer wird gegen den Landkreis klagend. Das hat die Politik bereits mehrheitlich im Verwaltungsausschuss (VA, höchstes Gremium nach dem Rat) entschieden (OZ berichtete). Konkret geht es dabei um die Anordnung, dass die Stadt am Bummert Ampeln aufstellen soll. Die Sinnhaftigkeit dieser Signalanlagen soll jetzt ein von der Politik ausgesuchter, neuer Verkehrsgutachter überprüfen.

Man habe bereits einen Experten ins Auge gefasst, sagt Jochen Kruse (SPD), der „in Rücksprache mit den Parteien“, wie er sagt, nach einem geeigneten Gutachter gesucht hatte. Zu diesem Schritt hatte sich die Politik nach der VA-Sitzung in der vergangenen Woche entschieden. Grund dafür war der Vortrag eines Anwalts, der die Klage gegen den Landkreis – und letztendlich auch gegen die Stadt – vertre-



Der Streit um die künftige Verkehrslage am Bummert geht weiter. Der Neubau eines Komplexes mit Seniorenappartements macht die Lage noch unübersichtlicher. BILD: ORTIGIES

ten sollte. „Wir hatten die Verwaltung beauftragt, einen Anwalt vorzuschlagen“, erklärt Heinz Dieter Schmidt, SPD-Fraktionschef. „Aber ob wir den, der uns da präsentiert wurde, wirklich behalten, sollten wir als Politik nochmal überdenken“, sagt

er. Nach OZ-Informationen hatte der Jurist in seinem Vortrag von einer Klage gegen den Landkreis abgeraten. Wie berichtet, hatte der VA zunächst die Stadt aufgefordert, eine Anordnung ihres Ordnungsamtes aus dem Jahr 2015 zurückzunehmen.

Darin werden die Ampeln – nach einer Empfehlung der Unfallkommission – vorgeschrieben. Die Politik war damals nicht in die Entscheidung eingebunden worden. Als die Gremien anschließend doch noch beteiligt wurden, folgte seinerzeit die

einhellige Ablehnung der Bummert-Ampeln. Der Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Umbau wurde wiederholt eine Absage erteilt, so dass die Verwaltung schließlich die Kommunalaufsicht einschaltete. Der Landkreis ordnete daraufhin den Bau der Ampeln an und übte Kritik an der Weigerung der Ratsmitglieder, die Empfehlung umzusetzen. Auch die Stadt hält weiter an ihrer Anordnung fest.

Somit wird der Rat am Ende nicht nur gegen die Anordnung des Landkreises, sondern letztendlich auch gegen die der Stadt klagend. Dass die Politik dann ausgerechnet die Verwaltung mit der Suche nach einem Anwalt für diese Klage beauftragt hat, habe die Lage noch absurder gemacht: „Wir brauchen jetzt erstmal einen eigenen Gutachter, dann entscheiden wir über den Anwalt“, sagt Engeline Kramer (Grüne).

→ Für die Klage hatten seinerzeit im VA sieben Mitglieder von SPD sowie Grünen/CDL und AWG gestimmt. Zwei CDU-Mitglieder und Bürgermeisterin Beatrix Kuhl (ebenfalls CDU) stimmten dagegen, ein CDU-Mitglied hatte sich enthalten.